



HESSISCHER LANDTAG

30. 05. 2018

WVA

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Neuorganisation der Autobahnverwaltung und Auswirkungen der Lkw-Maut

Im Juli 2017 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland geändert und die Verwaltung der Autobahnen auf den Bund übertragen (Artikel 90). Die Auftragsverwaltung der Länder soll Ende Dezember 2020 enden (Artikel 143e). Am 20. April 2018 hat das Bundesverkehrsministerium das Standortkonzept für die Infrastrukturgesellschaft und das neu zu gründende Fernstraßen-Bundesamt vorgestellt. Die Infrastrukturgesellschaft soll für Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung der Bundesautobahnen zuständig sein. Planfeststellungsverfahren soll das Fernstraßen-Bundesamt durchführen. Sitz der Infrastrukturgesellschaft soll Berlin sein. Dazu kommen zehn regional verteilte Niederlassungen. Der Hauptsitz des Fernstraßen-Bundesamts wird in Leipzig angesiedelt, dem (bis zu) vier weitere Standorte zugeordnete werden sollen.

Obwohl die hessischen Autobahnen zu den bundesweit verkehrsreichsten Bundesfernstraßenabschnitten gehören und einen Investitionsschwerpunkt im Bundesverkehrswegeplan darstellen, soll Hessen keine eigene Niederlassung der Infrastrukturgesellschaft bekommen. Vielmehr wird das hessische Autobahnnetz auf drei Niederlassungen mit Sitz in Niedersachsen (Hannover), Rheinland-Pfalz (Montabaur) und Nordrhein-Westfalen (Hamm) aufgespalten. Während in Bayern und Nordrhein-Westfalen zwei Niederlassungen geplant sind, geht Hessen nach dem Standortkonzept der Bundesregierung leer aus. Das Autobahnnetz der Rhein-Main-Region würde künftig von Montabaur aus gesteuert, was sich auch im Hinblick auf die Realisierung integrierter Verkehrskonzepte (ÖPNV, Flughafen usw.) als sehr problematisch erweisen könnte.

Am 2. Mai 2018 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes beschlossen, der den Ländern auf Antrag ermöglicht, die Aufgabe der Planfeststellung für Autobahnen zu übernehmen (Artikel 143e).

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann liegen der Landesregierung Informationen vor, wonach keine Niederlassung der Infrastrukturgesellschaft in Hessen angesiedelt werden soll?
2. Hat die Landesregierung mit Vertretern des Bundes Gespräche geführt, um eine angemessene Berücksichtigung der Interessen des Landes Hessen im Rahmen des Standortkonzeptes der Autobahnverwaltung sicherzustellen, und mit wem wurden diese Gespräche zu welchem Zeitpunkt geführt?
3. Welche konkreten Initiativen hat die Landesregierung seit Verkündung des Standortkonzeptes der Infrastrukturgesellschaft unternommen, um die Ansiedlung einer Niederlassung in Hessen zu erreichen?
4. Beabsichtigt die Landesregierung für den Fall, dass die von der Bundesregierung initiierte Grundgesetzänderung (Art. 143e Abs. 3 GG) in Kraft tritt, von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Zuständigkeit des Landes Hessen für die Planfeststellung und Plan genehmigung für den Bau und für die Änderung von (hessischen) Bundesautobahnen und von sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (in Hessen) zu beantragen?
5. Wie will die Landesregierung die Interessen des Landes Hessen im Rahmen der Neuordnung der Zuständigkeiten für die Autobahnen dauerhaft sicherstellen?
6. Wie wird sich die Landesregierung im Bundesrat bei den anstehenden Beratungen und Abstimmungen bezüglich der Neuordnung der Zuständigkeiten für die Autobahnen verhalten?

7. Wie wirkt sich nach Ansicht der Landesregierung die Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen zum 1. Juli 2018 auf die Zulässigkeit von Fahrverboten für Lkw auf bestimmten Straßenabschnitten aus?
8. Ist nach Ansicht der Landesregierung damit zu rechnen, dass solche Fahrverbote aufgehoben werden, deren Einführung auch mit der Vermeidung von Mautumgehungsverkehren begründete wurde?
9. Auf welchen Streckenabschnitten wurden Fahrverbote für Lkw, zumindest in Teilen, mit Hinweisen auf Mautumgehungsverkehre begründet?

Wiesbaden, 30. Mai 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock